* Am 30. Mai drang nach einer Meldung aus Scutari eine Bande des montenegrinischen Stammes Kuci in türkisches Gebiet ein, wo sie sich in einen Hinterhalt legte. Als eine von einer Hochzeit zurückkehrende Albanesenschaar vorbeikam, wurde dieselbe von den Montenegrinern überfallen, wobei drei Personen getödtet und sechs verwundet wurden. Die Verfolgung der Räuber blieb fruchtlos, weil dieselben bei der Rückkehr auf montenegrinisches Gebiet von einer montenegrinischen Patrouille aufgenommen wurden, unter deren Schutz sie entkamen.

* Die Erben des verstorbenen Sir Joseph Whitworth haben der Stadt Manchester eine Schenkung angeboten, deren Werth sich auf 135 900 Lstrl. beziffert. Die Stadt erhält das als Potters Park bekannte Grundstück, auf welchem ein Kunst- und Industriemuseum errichtet werden soll. Ferner soll die gegenwärtige Kunstschule vergrößert und eine Centralschule für die Technik im Anschluß an Owen's College gegründet werden, während Handfertigkeitsschulen das verbindende Glied zwischen den öffentlichen Elementarschulen und der Centralschule bilden. Die zur Ausführung aller dieser Pläne noch benöthigten Summen gedenkt man durch anderweitige Schenkungen aufzubringen.

* Nach mehrmonatlicher Pause hat Rußland es für angezeigt erachtet, bei der Pforte wieder einmal die Zahlung der Rückstände der Kriegsentschädigung zu urgiren. Bekanntlich wurde im definitiven Friedensvertrag von Konstantinopel vom 8. Februar (27. Januar) 1879 der Betrag dieser Entschädigung — nach Abzug des Werthes der an Rußland abgetretenen Territorien — auf 802 500 000 Fr. fixirt, deren Zahlung zufolge der Convention vom 2./14. Mai 1882 in Jahresraten von 350 000 türkischen Pfund (das ist etwa 8 Millionen Francs) vorzugsweise aus dem Erträgnisse der Hammelsteuer und den Zehnten der Vilajets (beziehungsweise Mutesarrifliks), Aleppo, Konia, Castamouni, Adana und Sivas erfolgen sollte. Diese Einkünfte, welche damals mit jährlich 437 500 türkischen Pfund bewerthet wurden, haben sich in der Folge — vielleicht wegen der mehrfachen Mißernten und der zunehmenden Verarmung des Landes — als unzureichend erwiesen, so daß allmälig Rückstände entstanden, welche derzeit wohl mehr als 600 000 türkische Pfund betragen. Nachdem die Pforte den früheren Verlangen Rußlands wegen Zuweisung neuer Einnahmsquellen im Sinne des Artikels 5 der genannten Convention bisher nicht entsprochen hat, stellt Rußland, wie vom 1. d. aus Konstantinopel geschrieben wird, jetzt das Ansinnen, daß ein Theil der Gelder, welche der Pforte aus der derzeit negocirten Douane-Anleihe zufließen werden, zur Tilgung der aufgelaufenen Rückstände verwendet werde. Bei der großen Finanznoth der Türkei und bei dem Umstande, als der eventuelle Anleihe-Betrag kaum zur Berichtigung der dringendsten Schulden und der dringendsten Bedürfnisse der Verwaltung genügen wird, kann sich Rußland wohl nicht ernstlich einen Erfolg von seiner Mahnung versprechen; vielmehr hat diese nur die Bedeutung eines unfreundlichen Memento und kommt der Pforte, abgesehen von anderen Gründen, auch deshalb sehr ungelegen, da sie geeignet ist, auf die abschwebenden Anleihe-Verhandlungen ungünstig einzuwirken. Uebrigens wurde, wie der Konstantinopeler Correspondent hinzufügt, von Seiten Rußlands mit dieser Mahnung keinerlei Hinweis auf irgend welche Consequenzen verbunden.

Zur Lage.

** Berlin, 6. Juni. Die „brennende Tagesfrage", wie mehrseitig die Aussetzung der Publication des preußischen Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperioden bezeichnet wird, hat, wie in sonst gut unterrichteten Kreisen bestimmt angenommen wird, gestern in der Conferenz des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck ihre Erledigung gefunden. Aber auf welche Weise, ist absolut unbekannt geblieben. Und so sehr gespannt auch Jedermann sein mag, hier heißt es einfach: abwarten.

Ein hiesiges Blatt, welches durch seine Leistungen auf dem Gebiete der Fabrikation sensationeller Nachrichten sich einen „wohl begründeten" Ruf erworben hat, stellt sich heute Abend so, als ob es sich an maßgebender Stelle besonderen Vertrauens erfreue und tischt seinen Lesern als Ergebniß der „Verhandlungen zwischen Kaiser und Kanzler ein „Compromiß" auf, welches eine wahrhaft kindliche Auffassung staatsrechtlicher Verhältnisse verräth und selbst bei den Lesern dieses Blattes, an welche nicht gerade hohe Ansprüche gestellt werden können, eine fast zu schwache Denkfähigkeit voraussetzt. Danach „soll Herr v. Puttkamer vorläufig im Amte bleiben, doch sein Rücktritt im Princip festgestellt und vom Reichskanzler zugestanden sein. Die Bestimmung über den Zeitpunct des Rücktritts und die Art der Begründung bleibt dem Reichskanzler überlassen."

Was die „Begründung des Rücktritts" betrifft, so ist es bekannt, daß bei einem Ministerwechsel eine solche niemals vor der Oeffentlichkeit erfolgt. Amtlich wird höchstens mitgetheilt „auf seinen Wunsch" und manchmal noch „Gesundheitsrücksichten" angeführt. Daß man für den Austritt eines Collegen aus dem Ministerium — denn in Preußen ist Fürst Bismarck nicht der Vorgesetzte, sondern, wie er auch selbst wiederholt im Abgeordnetenhause ausführte, lediglich der College der übrigen Minister — den Zeitpunct bestimmen und dessen Austritt vor der Oeffentlichkeit amtlich begründen sollte — das ist, milde ausgedrückt, der Gipfel des Unsinns.

Schwer dürfte auch zu verstehen sein, was damit gesagt sein soll, der Rücktritt des Herrn von Puttkamer sei „im Princip festgestellt". Und schließlich was für eine Vorstellung hat man denn hier von dem Amte eines preußischen Ministers, von seiner Selbstständigkeit, von seinem Selbstbewußtsein, von seiner Selbstachtung! Wenn derartige „Compromisse" zwischen der Krone und dem Minister über die Stellung eines anderen Ministers möglich wären, was wäre das für ein Intriguenspiel. Das ist doch zweifellos, wenn Herrn von Puttkamer von Seiten des Kaisers auch nur in leiser Andeutung der Rücktritt nahegelegt würde, Herr von Puttkamer hätte keinen Augenblick gezögert, seine Entlassung zu erbitten.

Des Weiteren die Muthmaßungen und thörichten Combinationen solcher „freisinnigen" Politiker zu erörtern, verlohnt kaum der Mühe, zumal ja, wie gesagt, die Aufklärung baldigst erfolgen wird. Wenn aber gesagt wird, „keine Veröffentlichung des Wahlerlasses", so können wir getrost behaupten, daß das Gegentheil wahr ist. Jetzt wird allerdings kein „Wahlerlaß" veröffentlicht werden, denn es liegt kein Anlaß dazu vor, und es ist eben deshalb auch noch gar kein solcher vorbereitet. Sobald aber im Herbst die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause ausgeschrieben werden, wird auch ein Wahlerlaß veröffentlicht werden. Aber es wäre absurd, hierin eine Niederlage irgend eines Ministers zu erblicken.

Was die Veröffentlichung des Gesetzes über die Legislaturperioden betrifft, so wiederholen wir, daß auch dessen Nichtannahme durch die Krone nicht gerade als ein Unglück anzusehen wäre. An und für sich stehen wir allerdings auf dem Standpunct, daß wir längere Perioden für besser halten, denn je weniger Wahlen, um so weniger Wühlen! Aber wir dürfen doch nicht übersehen, daß es sich hier bekanntlich nicht um eine Vorlage der Regierung handelt, sondern um einen aus der Mitte des Hauses eingebrachten Antrag, und daß während der drei Berathungen über denselben von Seiten der Minister oder eines Regierungs-Commissars nicht ein einziges Mal das Wort genommen wurde. Das Ministerium ist also thatsächlich in dieser Frage in keiner Hinsicht „engagirt".

* Wir knüpfen an die vorstehende Correspondenz noch einige Aeußerungen der Presse über die angebliche Ministerkrisis.

Die freiconservative „Post" schreibt:

Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die schwebende Frage der Verlängerung der Legislaturperiode bestätigt in zwei wesentlichen Puncten unsere eigene Auffassung. Zunächst erhellt aus demselben, daß die Sistirung der Publication des betreffenden Gesetzentwurfs nicht im Zusammenhange mit dem an Herrn von Puttkamer bezüglich der Wahlen ergangenen Allerhöchsten Schreiben steht. Sodann stimmt der Artikel uns darin zu, daß selbst für den Fall der definitiven Verweigerung der Allerhöchsten Sanction die Nothwendigkeit des Rücktrittes für das Gesammt-Ministerium nicht vorliegt. In der Begründung dieser letztgedachten Auffassung scheint uns indessen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Bedeutung der Frage viel zu gering anzuschlagen. Wir sind von Anfang jeder Aufbauschung derselben, wie sie namentlich von der freisinnigen und klerikalen Seite planmäßig betrieben wird, entschieden entgegengetreten. Wir haben insbesondere die praktische Bedeutung der Maßregel vorzugsweise im Reiche gesehen und wiederholt betont, daß mit der dort zum Gesetz gewordenen Verlängerung der Legislatur-Periode das dringendste Bedürfniß befriedigt ist. Immerhin aber handelt es sich in dem vorliegenden Falle um eine Verfassungsänderung, welche nicht nur von den beiden Häusern des Landtages beschlossen, sondern von dem Ministerium befürwortet war. Es würde daher, falls die Sanction versagt bleibt, nicht nur den Beschlüssen der beiden anderen gesetzgebenden Factoren, sondern auch dem Votum des Staatsministeriums die Zustimmung der Krone fehlen und es liegt nahe, daß das Staatsministerium in diesem Falle nicht blos das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Frage des Rücktrittes in ernste Erwägung zu nehmen. Daß die Entscheidung davon abhängen würde, was nach Lage der Gesammtverhältnisse das Wohl des Reiches und Preußens erheischt, ist selbstverständlich.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ergreift heute zu der brennenden Frage unserer inneren Schwierigkeiten in einer Ausführung das Wort, welche trotz ihrer Ausdehnung noch recht viele Dinge in dem unseren Deutschfreisinnigen so sehr erwünschten Halbdunkel läßt, aber wenigstens das Eine klarstellt, daß die Lösung der schwebenden Frage vertagt ist. Ob nun der König die Veröffentlichung des preußischen Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperioden aus sachlichen Gründen beanstandet oder ob er zuvor die Rechtfertigung gegenüber den Beschwerden über Wahleinflussung vernehmen will, das Ministerium macht sein Gehen oder Bleiben nicht von der königlichen Entscheidung abhängig. Fürst Bismarck sind vor der Frage, ob ein Schritt von so großer und unabsehbarer Tragweite wie der Rücktritt des Ministeriums im Falle der ablehnenden Entscheidung des Königs im höchsten Interesse des Staates geboten sei, und er hat sich nach reiflicher Erwägung für die Bejahung dieser Frage entschieden. Wir unsererseits waren und sind der Ansicht, daß die Ablehnung des Gesetzes durch den König für die nationalen und staatserhaltenden Parteien einen schweren Schlag, für ihre Gegner einen sehr schätzbaren Erfolg bedeuten würde, und wir haben nicht die geringste Lust und sind auch nicht optimistisch genug, um uns angesichts einer so trüben Erfahrung mit dem mageren Troste — der allerdings auch wohl seine ironische Seite hat — einzuschläfern, als ob unsere monarchisch-versonnenen Demokraten sich thatsächlich zu jener Auffassung von den Rechten und der Stellung des Königthums bekehrt hätten, welche von den monarchischen Parteien vertreten wird. Sollte darüber wirklich irgendwo eine Täuschung bestehen, sollte das vorgegebene Vertrauen in die Echtheit dieser deutschfreisinnigen Gesinnungswandlung nicht lediglich zum dialektischen Gebrauch verwandt werden, was wir für das Wahrscheinlichere halten, so würde die Enttäuschung um so schmerzlicher sein, wenn die Fortschrittler es am Ende nicht mehr lohnend erachteten, Verstecken zu spielen, und sich demaskirten. Wir bezweifeln übrigens nicht, daß Fürst Bismarck — von der Stellung der Cabinetsfrage abgesehen — alles aufgeboten hat und aufbieten wird, um seinen kaiserlichen Herrn durch gute sachliche Gründe zu überzeugen, und wir hoffen noch immer, daß die schließliche Entscheidung nicht in einem Sinne fallen wird, welche die königstreuen Parteien, die Männer, welche in allen Stürmen treu zum Reich und zu seiner Dynastie gestanden haben, den schadenfrohen Hohne von Leuten aussetzt, welche an allen historischen Wendepuncten der deutschen Geschicke aus blinder Parteiwuth den nationalen Interessen entgegengearbeitet haben. Wir hoffen dies in gewissem Sinne um so bestimmter, als die Cabinetsfrage nicht gestellt ist.

In einer Berliner Correspondenz desselben Blattes wird noch Folgendes ausgeführt:

Es ist also fast überflüssig, zu betonen, eine wie starke Waffe die Entscheidung der Krone im Sinne der Deutschfreisinnigen unserer gesammten Opposition in die Hand geben würde. Auch die Ansicht, als handle es sich hier lediglich um die Person des Herrn v. Puttkamer, vermögen wir nicht zu theilen. Nicht Herr v. Puttkamer — dem Thränen nachzuweinen die Nationalliberalen kaum Anlaß haben würden — steht hier in Frage, sondern die Grundanschauung der jetzigen Gesammtregierung. Wäre die Person des einzelnen Mannes v. Puttkamer auftönig erschienen, so hätte sich zu jeder politisch neutralen Zeit die Möglichkeit geboten, diese Schwierigkeit zu überwinden, ohne daß unsere Opposition daraus hätte Capital machen können. Auch müssen wir an unserer Anschauung festhalten, daß der vorliegende Fall nicht ein politisch belangloser ist, so daß die Verschiedenheit der Anschauung zwischen Krone und Cabinet das Verhältniß beider zu einander im Grunde nicht berühre. Wenn auch nicht gerade in einer Lebensfrage, so doch in einem wesentlichen Puncte enthält das Gesetz eine Verfassungsänderung, und eine solche kann nicht behandelt werden wie jede andere laufende Regierungsangelegenheit. Ohne Zweifel hat man sich auch an den entscheidenden Stellen allen diesen schwerwiegenden Erwägungen nicht verschlossen; wenn trotzdem die Ansicht die Oberhand behalten hat, daß die Entscheidung des Königs in dem einen oder anderen Sinne das Ministerium nicht veranlassen dürfte, um Enthebung aus dem Amte zu bitten, so kann nur eine Bethätigung echter und tiefer Liebe zum König diesen Entschluß eingegeben haben. Man hat dem König sein verfassungsmäßiges Recht selbstverständlich nicht verwehren können noch wollen, man hat ihm aber unter nicht geringer Opferwilligkeit die Aufregung ersparen wollen, die sich an die Schwierigkeiten, ein anderes Ministerium zu bilden, geknüpft hätten, Schwierigkeiten, die zwar den Freisinn heutigen Tages in seiner ganzen Zimmerlichkeit hätten zu Tage treten lassen, die aber für den Kaiser Aufregungen und Arbeiten nothwendig gemacht hätten, denen ihn auszusetzen man ihn weniger lieben müßte, als die Männer es thun, die sich Tag um Tag vom Freisinn schmähen lassen müssen. Eins wenigstens wird unsere oppositionelle Presse sich nun wohl abzugewöhnen haben: die Lüge von dem „Druck der Gesammtverhältnisse", unter welchem der Kaiser leide und arbeite. Wenn in dieser seit nunmehr acht Tagen dauernden Schwierigkeit Jemand unter einem Druck gestanden und sich unter diesen Druck schließlich entschieden hat, so waren es Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter; das war aber nicht der Druck der „Gesammtverhältnisse", sondern der Druck eines reinen Gewissens und wahrer, ehrlicher Liebe zum König. So hat denn die zweite Krise, zu deren Beschwörung Fürst Bismarck unerwartet von seinem Landsitz nach Berlin geeilt war, ähnlich der ersten eine vorläufige Beilegung gefunden; die wirkliche letzte Entscheidung der Frage, durch welche sie heraufbeschworen wurde, steht noch aus und ist auch schwerlich in naher Frist zu gewärtigen.

Alle Berliner Mittheilungen stimmen übrigens darin überein, daß die Cabinetsfrage nicht gestellt ist.

Sachsen.

* Leipzig, 7. Juni. Nach einem vom Rath auf Antrag der gemischten Deputation für das Leihhaus und die Sparcasse gefaßten Beschlusse soll ein Versuch damit gemacht werden, Sonnabends in den Abendstunden von 6—8 Uhr bei der Sparcasse Einlagen entgegenzunehmen. Ein weiterer Beschluß lautet dahin, daß Sparcassen-Einlagebücher, welche 3 Wochen nach der Einzahlung bei den Filial-Annahmestellen nicht abgeholt sind, wieder an die Sparcasse zurückgeliefert werden. Nach dieser Zeit leistet die Stadtgemeinde eine weitere Garantie nicht, als ihr den allgemeinen Rechten nach obliegt. Dafern die Bücher aber auch bei der Sparcasse binnen weiteren 4 Wochen nicht abgeholt werden, sollen die Einlagen zur öffentlichen Rückzahlung gekündigt werden und im Falle der Nichterhebung zur bestimmten Zeit die Verpflichtung der Sparcasse zur Verzinsung der Einlage erlöschen.

— Zu der „Stübel-Reiß-Koppel'schen Sammlung" zur Cultur und Industrie südamerikanischer Völker aus vor- und nachcolumbischer Zeit hat das „Museum für Völkerkunde" wiederum einen sehr beachtenswerthen Zuwachs erhalten, indem Herr Dr. Stübel drei Kisten ethnographischer Gegenstände, welche von Herrn Heinrich Mage aus Eisleben gesammelt worden sind, und welche dieser Herrn Dr. Stübel vor einiger Zeit zur Verfügung gestellt hatte, dem Institute überwiesen hat.

* Reudnitz, 7. Juni. Es ist in letzter Zeit, namentlich auch in Hinsicht auf die Eindezirkung der Vororte, mehrfach auf den Realbesitz der Vororte Leipzigs hingewiesen worden. Was unser großes Gemeinwesen anbetrifft, so weist dasselbe außer den zu den öffentlichen Gebäuden gehörenden Bodenflächen folgenden Arealbestand auf: Zwischen der Marschall- und Kohlgartenstraße (jetzt als Schulhof benutzt), Werth 6080 ℳ, zwischen dem Rathhause und Feuerwehrdepot, Werth 18 225 ℳ, zwischen der Kohlgarten- und Constantinstraße, Werth 12 000 ℳ, an der Riebeckstraße, Werth 13 573 ℳ, zwischen Eilenburger und Oststraße, Werth 19 000 ℳ, Ecke der Nostitz- und Wallmüstraße, Werth 7700 ℳ, an der westlichen Seite der Wallmüstraße 6875 ℳ und an der Riebeck- und Oststraße 40 500 ℳ, so daß also der Gesammtwerth ausschließlich des Areals 113 953 ℳ beträgt.

* Gohlis, 7. Juni. Im Jahre 1877 erwarb die Gemeinde den Bahnkörper der Thüringer Eisenbahn, und es hat sich immer mehr herausgestellt, daß diese Erwerbung eine recht vortheilhafte für die Gemeinde ist. Denn dadurch gewann dieselbe zunächst die schöne breite, eine wahre Zierde des Ortes bildende Lange Straße (deren völlige Pflasterung übrigens noch in diesem Monate geschieht), ferner beläuft sich der bei dem Bahnkaufsgeschäfte bis jetzt erzielte finanzielle Gewinn auf 23 650,75 ℳ — Für den Bau des Casernenschießenkopfes sind 2900 ℳ erforderlich; im Ganzen betragen die Forderungen für Schießenbau in diesem Jahre 7375 ℳ, wozu die Gemeinde, da noch ein vorjähriger Cassenbestand von 2300 ℳ vorhanden ist, 5075 ℳ zuschießt.

—r. Connewitz, 6. Juni. Wie höchst gefährlich das Umherlaufen großer Hunde ohne Beißkorb werden kann, davon hier ein Beispiel: Als der im 12. Lebensjahre stehende Sohn eines hiesigen Bewohners am gestrigen Nachmittage sich in ein Grundstück der hiesigen Eisenbahnstraße begab, sprang plötzlich ein großer Hund an ihn heran und biß ihn ziemlich tief in den einen Oberschenkel, so daß die Eltern sofort ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen mußten. Der Vater des Knaben wird wohl inzwischen diesen Vorfall zur Anzeige behufs Bestrafung des Besitzers fraglichen Hundes gebracht haben und außerdem wird derselbe auch alle Eurkosten decken müssen. Wie nothwendig also das Tragen von Beißkörben aller solcher Hunde ist, dürfte aus dieser Thatsache zur vollen Augenscheinlichkeit hervorgehen. Im Uebrigen mag gleichzeitig nochmals allenthalben auf das „Eingesandt" der Mittwochs-Nummer d. Blattes vom 30. Mai d. J. hingewiesen werden. Es dürfte sich auch empfehlen, daß alle diejenigen Bewohner hiesigen Ortes, welche mehr oder weniger schon von solchen in Rede stehenden Kötern belästigt worden sind, gemeinsam den schriftlichen Beschwerdeweg bei der vorgesetzten Dienstbehörde, der königlichen Amtshauptmannschaft Leipzig, betreten, damit diese Behörde ehebaldigst für die sämmtlichen, ihrem Bezirke unterstellten, mindestens aber der nächstgelegenen größeren Ortschaften die nothwendigen Verordnungen zur Sicherung für Leben und Gesundheit der Bewohner und speciell der Kinder hinsichtlich des sorben besprochenen Mißstandes erlasse. Die gedachte Behörde würde sich sicherlich nur von Dank aller einsichtsvollen Menschen verkennen. — Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des hiesigen Schulvorstandes soll nach Beendigung der diesjährigen Heuernte ein Schulkinderfest veranstaltet werden. Es haben deshalb auch am letztverflossenen Sonntage Mitglieder der hierorts bestehenden Vereine freiwillige Beiträge unter der hiesigen Einwohnerschaft eingesammelt. Vor drei Jahren hat ein ebensolches Fest stattgefunden und soll der damals verbliebene Ueberschuß diesmal mit zur Verwendung kommen.

— Die Tagesordnung für die am 16. und 17. d. M. in Oschatz vom Verein sächsischer Schuldirectoren abzuhaltende Versammlung ist folgende: 1) Geschäftliches. Rechnungsabschluß. Neuwahl des Vorstandes. 2) Der Rechenunterricht in der Volksschule überhaupt und die Vereinfachung desselben insbesondere. Referent: Dr. Hartmann-Annaberg. 3) Ausstellung und praktische Erläuterung der neuerfundenen Rechenmaschine des Directors Lehr-Geklitz. 4) Erörterung der Frage: Inwieweit ist eine einheitliche Regelung der nach §. 22 Abs. 1 des Volksschulgesetzes und §. 45 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung zu treffenden Bestimmungen über die Abminderung der wöchentlichen Stundenzahl für Lehrer an mittleren und höheren Volksschulen zur ersteren anzustreben? 5) Die durch den Director auszuübende Schulaufsicht. Referent: Director Arnold-Kleinzschocher. 6) Ueber Lehrmittel. Referent: Director Richter-Freiberg. Die erste Hauptversammlung wird Sonnabend den 16. Juni, Abends 6 Uhr im Rathhaussaale ihren Anfang nehmen und sollen in derselben die Gegenstände unter Nr. 1—4 der Tagesordnung zur Verhandlung gestellt werden. Die zweite Hauptversammlung findet Sonntag den 17. Juni, Vormittags halb 11 Uhr im „Hotel zum Löwen" statt und erledigt die übrigen Gegenstände der Tagesordnung.

⋊ Siebenlehn, 6. Juni. Am Montag Nachmittag 4 Uhr erschien der Herr Kreishauptmann von Koppenfels aus Dresden und Herr Amtshauptmann von Kirchbach aus Meißen in unserer Stadt, um unsere Industrie-Ausstellung in Augenschein zu nehmen. Die hohen Herren wurden vom Bürgermeister Wolf, Pastor Nürnberger, Schuldirector Köber, den Stadträthen und dem Ausstellungs-Comité begrüßt und alsdann nach den Ausstellungsräumen geleitet. Beide Herren sprachen wiederholt ihre Zufriedenheit über das Gesehene aus. Nach 1½stündigem Verweilen verließen sie die Stadt und fuhren auf der neuerbauten Bezirksstraße nach dem Zollhause Bieberstein, bis sie sich endlich mit dem ½9 Uhr-Zuge von Deutschenbora aus wieder nach Dresden begab. Meißen zurückgaben. — Mit dem heutigen Tage wird die landwirthschaftliche Abtheilung der hiesigen Ausstellung geschlossen. Nach der Versicherung mehrerer Aussteller ist die Ausstellung zu ihrer größten Zufriedenheit verlaufen, indem seitens der Herren Oekonomen ganz bedeutende Bestellungen auf landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe gemacht wurden.

— Mit welchen Gefahren der Bergbau verknüpft ist, das bekundet folgende Mittheilung des „Zwick. Wochenbl.": Beim Holzrauben ist in einem Bockwaer Steinkohlenwerk der Häuer Friedrich Hermann Baumann aus Niederhaßlau am 26. v. M. von einem aus dem Bruche herabrollenden Bergestück an den linken Unterschenkel getroffen und erheblich verletzt worden. — Dem Bergarbeiter Hermann Hütte aus Oberplanitz ist am 28. v. M. auf einem hiesigen Steinkohlenwerk bei der Arbeit ein Stückchen Stahl, welches von dem dabei benutzten Hammer absprang, ins linke Auge geflogen. Die Augenverletzung ist eine erhebliche und es hat in Folge dessen die Unterbringung Hütte's in die hiesige Augenklinik des Herrn Dr. Zegliche stattgefunden. — Am 28. Mai hat auf einem Oberhohndorfer Steinkohlenwerke der 58 Jahre alte Zimmerling Christian Carl Weißbach aus Reinsdorf dadurch einen schweren Bruch des linken Unterschenkels erlitten, daß er von einer Holzkappe, welche seinem ihm voranschreitenden Kameraden von der Schulter herabfiel, an das linke Bein getroffen wurde. — Der Häuer Julius Hermann Otto aus Ebersbrunn ist am 2. ds. Mts. auf einem Zwickauer Steinkohlenwerke bei der Kohlengewinnung von einem Stück Dachgestein, welches nach dem Niedergange einer größeren Kohlenmasse vom Seitenstoße hereinbrach, in den Rücken getroffen worden. Otto erlitt eine Quetschung des Rückens vom 6. Brustwirbel bis zum 1. Lendenwirbel und Zerreißung des darunter liegenden Gewebes mit ziemlichem Bluterguß. — Bei demselben Werke und an demselben Tage wurde der Lehrhäuer Ernst Steger aus Pöldiß durch Sturz in einen dreißig Meter tiefen Bremsschacht schwer verletzt. Steger hatte sich unbefugter Weise auf das Bremsschachtgerüst gestellt, um dasselbe durch sein Gewicht niederziehen zu helfen. Als jedoch das Gerüst ein Stück niedergegangen war, riß die Kette, und es stürzte das Gerüst mit dem darauf stehenden Steger in die Tiefe. Der Letztere ist im hiesigen Kreiskrankenstift untergebracht worden."

— Die im Restaurant „Stadt Hamburg" in Crimmitschau bedienstete 23jährige Kellnerin Crescenz Inderst aus Greifenfeldmünde in Bayern war von ihrer Dienstherrschaft kürzlich aus ihrer Stellung entlassen worden und hatte sich in den Abendstunden mit einer Freundin in den Sahnpark begeben. Oberhalb des Badeteiches trennte sich die Inderst von ihrer Begleiterin und kurze Zeit später hörte die Letztere Jammerlaute; zum Nachsuchen veranlaßte Personen entdeckten auch bald das Mädchen, welches inzwischen Schwefelsäure zu sich genommen, wie es, der Kleidungsstücke bis auf einige Röcke entledigt, nach dem Sahnbach zu lief und sich in das Wasser stürzte. Die Unglückliche, welche furchtbare Schmerzen litt, wurde aus dem Wasser geholt und in der 12. Nachtstunde nach der Polizeiwache gefahren, woselbst man durch Anwendung von Gegenmitteln der Gequälten zu Hilfe zu kommen suchte. Da ein Erfolg jedoch nicht zu erzielen war, wurde der Transport nach dem Krankenhause bewerkstelligt, und hier endete heute früh kurz vor 3 Uhr der Tod die Leiden der Unglücklichen. Das Mädchen hat in sehr geordneten Verhältnissen gelebt und hinterläßt außer Baargeld eine ansehnliche Garderobe.

— Freiberg, 6. Juni. Der dem bekannten „Hotel de Saxe" gegenüberliegende große Platz an der hiesigen Schillerstraße, auf dem künftig das neue Reichspostgebäude stehen soll, ist längst von den alten Baulichkeiten befreit, die ehemals dort vorhanden waren, aber noch ist dort von dem Bevorstehen eines Neubaues nichts zu bemerken. Dieser offenbare Stillstand einer erst so eifrig betriebenen und thatsächlich so dringlichen Angelegenheit verursachte das verstimmende Gerücht, daß über den Bauplan Differenzen entstanden seien und zunächst an keinen Beginn der Arbeiten gedacht werde. In Wirklichkeit aber sollen nur Bedenken gegen eine an dem Haupteingange geplante Freitreppe mit fünfzig Stufen aufgetaucht sein, denn bei dem langen und harten Winter in unserer hochgelegenen Bergstadt ist das Glatteis so häufig, daß das Abholen von Paqueten bei einer solchen hohen Treppe für Viele mit ernsten Gefahren verbunden sein würde. Jedenfalls ist der Neubau durch diesen sehr berechtigten Einwand nicht wesentlich verzögert worden, da die kaiserl. Postverwaltung bestimmt hat, daß die Gründung des Freiberger Reichspostgebäudes spätestens am 18. August d. J. vollendet sein muß. Wie jetzt aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind die Erd- und Maurerarbeiten für den hiesigen Postbau an die Mindestfordernden und zwar an die Herren Loßow und Viehweger in Dresden, die Zimmererarbeiten dagegen an Herrn Zimmermeister Güpfert in Freiberg unter der Bedingung vergeben worden, daß die Arbeiten schon in den nächsten Tagen beginnen. — Seit einigen Tagen hat Freiberg sogar eine Pferdebahn, doch dient dieselbe nicht zur Beförderung von Passagieren, sondern nur zur Erleichterung der Straßenherstellungsarbeiten auf der Bahnhofstraße und dem Wernerplatz, bez. zur rascheren Beförderung von zehn eisernen Kippwagen, von denen jeder einen Kubikmeter Erde faßt. An einer dortigen Restauration prangte gestern das von einem Spaßvogel angeklebte Placat „Pferdebahn-Haltestelle".

Oberwiesenthal, 4. Juni. Fichtelberg-Thurmbau. Der alte defect gewesene Steinkoloß, Fichtelberg's Aussichtsthurm, ist nicht mehr, er ist hinweggefegt für immer. Die Kosten, welche der Neubau erfordert, sind nicht unbedeutend, denn soll das Bauwerk Wind und Wetter Trotz bieten, muß ein massiver Bau stattfinden. Bereits hat das Grundgraben begonnen. Das zähe Felsgestein erschwert die Arbeit, vornehmlich ist's der Keller, welcher riesige Kräfte für Schlägel, Eisen, Hase und Brechstange erfordert. Die Gründung verlangt Zeit, Geduld und Ausdauer. Der Transport der Baumaterialien ist sehr erschwert, die Bearbeitung, Zimmern und Fügungen des Gebälks ꝛc. ꝛc. haben den günstig gelegenen Flurplatz am bekannten „Rothen Vorwerk" gefunden und sowohl hier unten wie oben regen sich die thätigen Bauleute.

B. Pirna, 6. Juni. Um das Interesse für die äußere Mission in erhöhtem Maße zu beleben und wach zu erhalten, beschloß jetzt eine in der Superintendentur stattgefundene Versammlung von Geistlichen eine Decentralisation des betreffenden Ephoralvereins in vier Zweigvereine, Pirna, Berggießhübel, Schandau und Stolpen. Die Ephorie Pirna ist bekanntlich eine sehr ausgedehnte, so daß die gedachte Theilung nur als praktisch bezeichnet werden kann. — Der im Jahre 1863 begründete Freihandschützen-Verein zu Pirna beging heute die Feier seines Silberjubiläums, wobei zahlreiche Fest- und Schießgäste begrüßt werden konnten. Das aus Anlaß der Jubelfeier arrangirte Festschießen, für welches von verschiedenen Seiten werthvolle Ehrenpreise gestiftet wurden, findet morgen noch seine Fortsetzung. — Auf dem hiesigen Productenbahnhof sind heute einer mit dem Aufhacken von Rasen beschäftigt gewesenen Frau beide Beine überfahren worden. Die Bedauernswerthe wollte einer herankommenden Baulowery ausweichen, kam dabei aber zu Fall, wodurch dann das Unglück geschah. — Für unsere Sächsische Schweiz eröffnen sich für die nächste Zeit glänzende Frequenzaussichten. Außer zahlreichen Dresdner und sonstigen Gesellschaften erwartet man hier nächsten Sonntag starken Zuzug aus der Reichshauptstadt, da wieder ein betreffender Extrazug eintrifft, während für den Sonntag darauf dann der Extrazug der Leipziger signalisirt ist. In Folge der Thatsache der Begründung einer Gebirgsvereins-Section und des regen Wirkens in derselben ist den Gästen von der Pleiße in unseren Bergen ein besonders hoher Grad von Sympathie gesichert. — Wer jetzt unseren Kohlberg besucht — einen Punct mit ganz reizender Rundsicht —, der hat neben dem prächtigen landschaftlichen Panorama zugleich Gelegenheit zu einem zoologischen Anschauungs-Unterricht, da sich dortselbst das im nahen Bahrathale geschossene Steppenhuhn im ausgestopften Zustande vorfindet.

— Am Sonntag brannte es wieder einmal im Walde. Es geschah dies in einer herrlichen, etwa 15 bis 20jährigen Fichtenpflanzung des königl. Staatsforstes in der Nähe von Wachau — nicht fern der Ziegelei rechts von der Landstraße. Zu vermuthen ist, daß unvorsichtiges Wegwerfen einer brennenden Cigarre (!!) den Brand verursachte. Mehrere Radfahrer, Turner aus Dresden, zeichneten sich bei dem Löschen rühmlichst aus. Am Brandort angekommen, fachten dieselben als die fast Einzigen am Platze mit Ausdauer und nicht ohne eigene Gefahr dem Elemente dadurch Einhalt zu thun, daß sie die Flammen mit großen Ruthen auspeitschten. Diesen Turnern ist es jedenfalls zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb. Das herbeigeströmte Publicum zeigte leider wenig Lust, sich an den Löscharbeiten zu betheiligen.

— Ueber einen groben Exceß in Dresden melden die „Dresdner Nachrichten": Der bereits in letzter Nummer erwähnte Exceß auf der hiesigen Schweizerstraße in der Nacht vom Montag zum Dienstag ist wohl einer der ärgsten und blutigsten, die seit langer Zeit hier vollführt worden sind. Von einem Gewährsmann wird uns darüber nach eigenem Augenschein und eingezogenen Erkundigungen Folgendes mitgetheilt. In dem Restaurant zum Schweizerhaus war es zwischen dem dortigen Geschäftsführer und drei Pferdebahnkutschern zu einer Differenz darüber gekommen, weil dieselben genöthigt wurden, wegen vorgerückter Nachtstunde das Local zu verlassen. Auf der Straße angelangt, sind die drei Kutscher, in dem Glauben, Bedienstete des erwähnten Restaurants vor sich zu haben, über die Straße daherkommende Droschenkutscher hergefallen und haben dieselben durch Messerstiche gar übel zugerichtet. Einer der Droschkenkutscher erhielt bei dem sich entspinnenden Kampfe einen sehr gefährlichen Stich ins Genick, einen anderen in die Stirn und zwei weitere leichtere Verletzungen am Hinterkopf; sein Genosse empfing zwei tiefgehende Stiche in die Oberschenkel. Der alsbald herbeieilende Entrée-Einnehmer des Restaurants erhielt einen Messerstich in den Oberarm und einem Kellner wurde der Ueberzieher zerrissen und eine Uhr gestohlen, welche später bei einem Pferdebahnkutscher vorgefunden worden ist. Auf